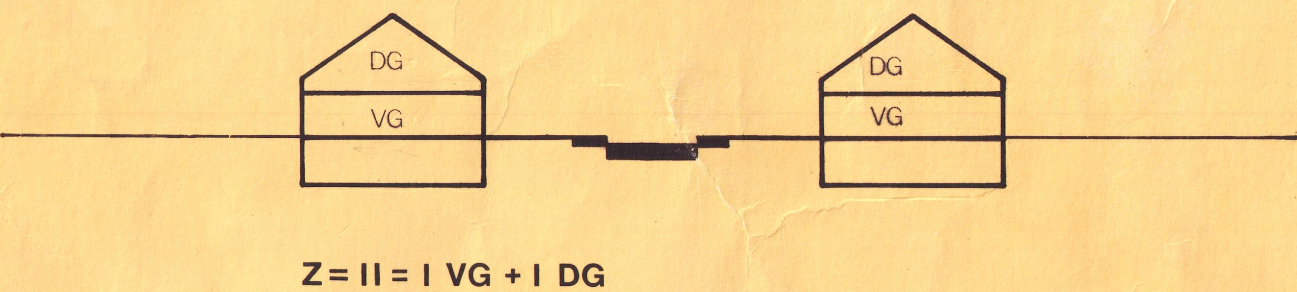
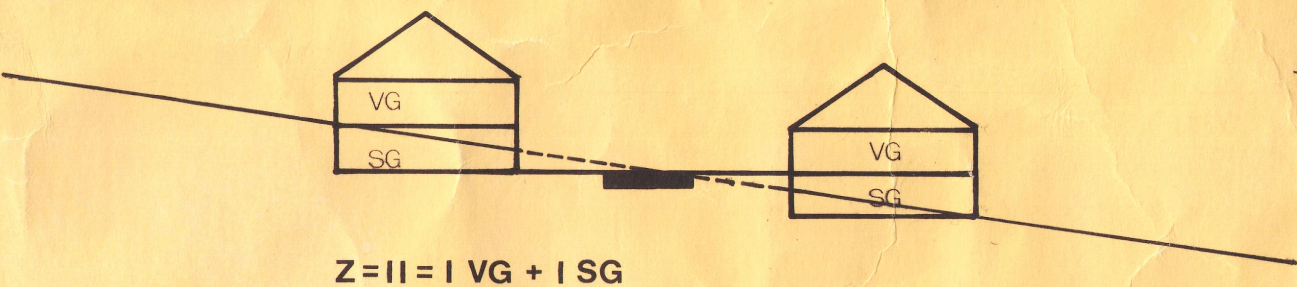
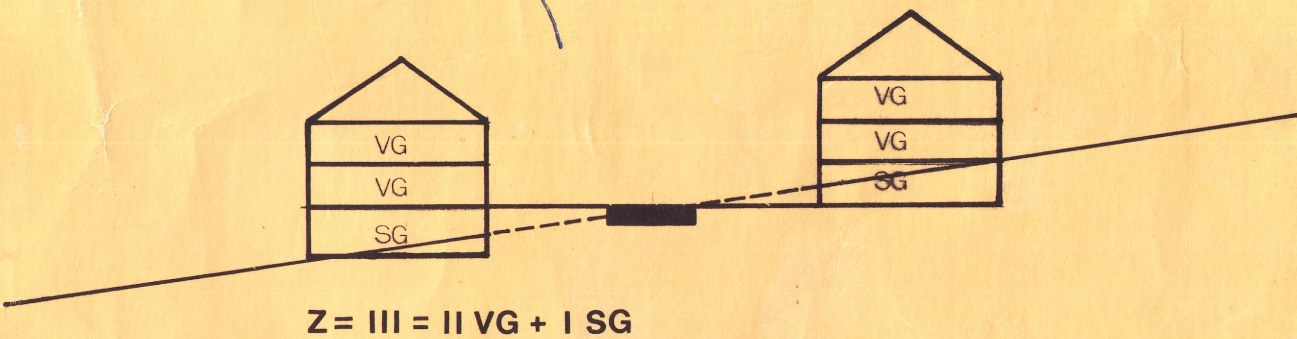


ERLÄUTERUNG ZUR FESTSETZUNG DER GESCHOSS - ZAHLEN

VG = Vollgeschoß SG = Sockelgeschoß DG = Dachgeschoß



NICHT ZULÄSSIGE AUSFÜHRUNG



REGELSCHNITTE MASSTAB

1 : 500

ZEICHENERKLÄRUNG

WR	Reines Wohngebiet		Einfahrt
WA	Allgemeines Wohngebiet		Flächen für Versorgungsanlagen
MI	Mischgebiet		Trafostation
GFZ	Geschoßflächenzahl		Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen - unterirdisch
GRZ	Grundflächenzahl		Grünflächen
II	Zahl der Vollgeschosse		Parkanlage
O	Offene Bauweise		Spielplatz
	nur Einzelhäuser zulässig		Flächen für die Landwirtschaft
	nur Hausgruppen zulässig		Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
	nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig		Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern
	Baugrenze		Anzupflanzende Bäume
	Baulinie		Friedhof
	Flächen für den Gemeinbedarf		mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
	Kirchen und kirchlichen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen		Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
	Straßenverkehrsflächen		Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung
	Sichtbereich an Straßeneinmündungen		Bereich ohne Ein- und Ausfahrt und ohne Zugang
	Straßenbegrenzungslinie		
	Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung		
P	öffentliche Parkfläche		

Bestandteil des Bebauungsplanes ist neben der Planzeichnung mit Zeichenerklärung der folgende Textteil:

1. Art der baulichen Nutzung
 - 1.1 Reine Wohngebiete (§ 3 BauNVO)
Ausnahmen nach § 3 Abs. 3 BauNVO sind nicht Bestandteil des Bebauungsplanes und daher nicht zulässig.
 - 1.2 Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)
Tankstellen sind - abweichend von § 4 Abs. 3 Nr. 5 BauNVO - auch ausnahmsweise nicht zulässig.
2. Bauweise
 - 2.1 Garagen
Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Kellergaragen sind unzulässig. Der Abstand zwischen Garage und öffentlicher Verkehrsfläche muß mindestens 5,50 m betragen.
3. Von der Bebauung freizuhaltende Flächen
Die dargestellten Sichtflächen an Straßeneinmündungen sind von der Bebauung freizuhalten. Im Bereich vorgenannter Sichtflächen sind Bepflanzungen bis zu einer Höhe von 0,90 m, gemessen von Straßenoberkante, zulässig.

Homburg, den 16.5.84

Der Oberbürgermeister

Hinweis: Die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. 9. 1977 (BGBl. I S. 1763) findet Anwendung.

Auf Grund des § 9 Abs. 4 BBauG in Verbindung mit § 113 Abs. 6 LBO werden folgende örtliche Bauvorschriften in den Bebauungsplan aufgenommen:

§ 1 Dächer

Es sind Dächer mit einer Neigung von 28° bis 38° zulässig. Aneinandergebaute Häuser müssen die gleiche Dachneigung haben. Untergeordnete Bauteile können mit Flachdach eingedeckt werden. Flachdächer sollen Bekiesung erhalten. Die Verwendung von Wellasbestzementplatten und Berliner Welle ist nicht zulässig.

§ 2 Außenwände

Die Verkleidung der Außenwände der Gebäude mit Asbestzementplatten oder Kunststoffplatten ist nicht zulässig.

VERFAHRENSÜBERSICHT

Der Oberbürgermeister:

Der Rat der Kreisstadt Homburg hat am 28. 2. 1980 gemäß § 2 Abs. 1 Bundesbaugesetz die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 BBauG beschlossen. Der Beschluß ist am 2. 3. 1982 ortsüblich bekanntgemacht worden. Die öffentliche Darlegung und Anhörung - Bürgerbeteiligung - gemäß § 2 a Abs. 1 bis 5 BBauG sind in der Zeit vom 9. 3. 1982 bis 12. 3. 1982 durchgeführt worden. Der Bebauungsplanentwurf und die Begründung (§ 2 a Abs. 6 BBauG), die der Rat am 30. 9. 1983 beschlossen hat, lagen in der Zeit vom 12. 12. 1983 bis 12. 1. 1984 öffentlich aus. Ort und Dauer der Auslegung, mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können, wurden am 2. 12. 1983 ortsüblich bekanntgemacht. Der Rat der Kreisstadt Homburg hat am 16.5.84 über die vorgebrachten Bedenken und Anregungen befunden, die Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BBauG und den Bebauungsplan als Satzung gemäß § 10 BBauG in Verbindung mit § 12 KSVG beschlossen.

Die örtlichen Bauvorschriften wurden als Satzung am 16.5.84 beschlossen.

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.

Die örtlichen Bauvorschriften werden gemäß § 113 Abs. 4 LBO genehmigt.

Saarbrücken, den 4.7.1984

Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen

SAARLAND

Der Minister
für Umwelt, Raumordnung
und Bauwesen

St/6-6128/84 Gd/Be

(Würker)

Diplom-Ingenieur

Die Genehmigung des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften wurde gemäß § 12 BBauG am 18. Juli 1984 ortsüblich bekanntgemacht. Mit dieser Bekanntmachung ist der Bebauungsplan mit den örtlichen Bauvorschriften rechtsverbindlich.

Homburg, den 19. Juli 1984

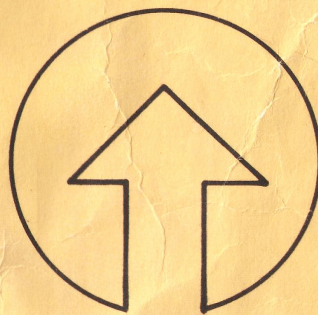
Der Oberbürgermeister

Im Auftrag:

Stadtdamtsrat

KREISSTADT HOMBURG SAAR BEBAUUNGSPLAN

KLEINES HAMMERLOCH STADTTEIL JÄGERSBURG



MASZSTAB

1 : 1000

STADTBAUAMT

ABTEILUNG

STADTPLANUNG

HOMBURG DEN

:

16.5.84

BEARBEITET

:

[Signature]

STADTPLANER

:

G. Guleff

BAUDIREKTOR

:

[Signature]